

Stellungnahme der Bürgerinitiative „Kein ICE Werk bei Harrlach“ zu dem Schreiben von Ministerpräsident Söder vom 13.1.2022

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Söder, auch im Falle des Standorts Jägersee/südlich der Muna keine Staatsflächen für den Bau eines ICE Instandhaltungswerkes zur Verfügung stellen zu wollen, geht in die richtige Richtung. Wir sehen dies als ein weiteres, überzeugendes Signal an die Bahn, dass auch der Freistaat Bayern die großflächige Rodung von mehr als 45 Hektar streng geschützten Bannwalds eindeutig ablehnt.

Es kann jedoch nicht sein, dass Ministerpräsident Söder bereits zum zweiten Mal und wie bereits bei dem Standort Altenfurt geschehen einem Raumordnungsverfahren vorgreift, ohne sich gleichzeitig schützend vor die weiteren Standorte im Bannwald zu stellen. Auch wenn er sich formal als Eigentümer des umstrittenen Grundstücks äußert – die politischen Absichten sind eindeutig. Hier ist ein klares politisches Statement zum grundsätzlichen Schutz von Mensch, Natur und Umwelt dringend erforderlich! Das bedeutet, dass keiner der 3 Standortoptionen geeignet ist und das Planverfahren auf Null gestellt werden muss. Andernfalls verliert das offizielle Verfahren zur Standortfindung völlig an Glaubwürdigkeit.

Auch bei Roth-Harrlach müssen höchste Umweltstandards angelegt werden, ist dieser Wald doch in mindestens gleicher Weise schützenswert wie der Standort Südlich der Muna. Erschwerend kommt hinzu, dass der Bannwald bei Harrlach als Wassereinzugsgebiet für die Stadt Fürth dient, dieses zu gefährden wäre völlig unverantwortlich.

Es kann nicht sein, dass ausschließlich die Eigentumsverhältnisse über einen Standort entscheiden, und man privaten Waldeigentümern mit Enteignung droht, während dies gegenüber der bayerischen Staatsregierung kaum ein Thema sein wird. Wenn die Bayerische Staatsregierung Ziele wie Klimaschutz, Bewahrung der intakten Natur und Schutz des Menschen vor Lärm und sonstigen Immissionen ernst nimmt, muss sie alles in ihrer Kraft stehende unternehmen, damit die Bahn auch den Standort Roth-Harrlach als ungeeignet einstuft und stattdessen das Werk auf einem bereits versiegelten Bahn- oder Industriegelände errichtet.